Politisches Kernthema Sicherheit in Bewegung : Arbeitstagung der FDP des Kantons Zürich

Autor(en): **Lutz, Richard P.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-69865

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Politisches Kernthema Sicherheit in Bewegung

Arbeitstagung der FDP des Kantons Zürich

Die FDP des Kantons Zürich hat am 23. April 2005 eine sicherheitspolitische Arbeitstagung durchgeführt. Regierungsrat Dr. Ruedi Jeker, Botschafter Raimund Kunz und Korpskommandant Hansruedi Fehrlin informierten in Kurzvorträgen über innere Sicherheit, internationale Zusammenarbeit und Neutralität sowie Stand und Richtung der Armeeplanung aus erster Hand. In den vertiefenden Gruppenarbeiten gaben der Ansatz zu einer sicherheitspolitischen Strategie des Kleinstaates Schweiz, die aktuellen Hauptprobleme der Polizei sowie die Wehrgerechtigkeit besonders zu reden.

Richard P. Lutz

Doris Fiala, Präsidentin der FDP des Kantons Zürich, wies bei ihrer Begrüssung darauf hin, dass die Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen, in der Politik zu wenig bedeute. Einsparungen bei Polizeikorps und Marginalisierung der Landesverteidigung seien falsche Signale an eine Bevölkerung, welche sich subjektiv zunehmend unsicher fühlt. Sie bekräftigte das Bekenntnis der Zürcher Freisinnigen für eine leistungsstarke Milizarmee und eine Vernetzung der Sicherheitsverbunde von Polizei und Grenzwachtkorps sowie Armee und Bevölkerungsschutz.

Die Sicherheitsmittel sollen aber primär nach sicherheitspolitischen Überlegungen und nicht nach finanzpolitischen Zwängen gestaltet werden.

Zeitgemässe militärische Fähigkeit

Wenn Zielkonflikte zwischen Auftrag und knappen Finanzen bestehen, kann nur die Politik entscheiden. Regierungsrat Ruedi Jeker, Vorsteher der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich, beurteilte die Lage thesenartig und prononciert. Bundesrat und noch mehr die eidgenössischen Räte seien gefordert. Wichtigstes Mittel für die innere Sicherheit ist die Polizei und die Armee für die äussere. In einer diffusen internationalen Sicherheitslage seien lokale Konfliktherde – vielfach mit ethnischem oder religiösem Hintergrund – wieder aufgebrochen. Terroranschläge wie am 11. September 2001, zeigen, dass eine scharfe Trennung zwischen «innerer» und «äusserer» Sicherheit nicht mehr möglich ist.

Die Hauptlast bei der Polizeiarbeit tragen die Kantone. Eine intensive Zusammenarbeit der verschiedenen Polizeikorps ist notwendig. Doch muss die Arbeit von Polizei und Strafuntersuchungsbehörden aufeinander abgestimmt sein. Es macht keinen Sinn, wenn die Polizei Ermittlungsakten produziert, die wegen Personalknappheit bei der Staatsanwaltschaft verjähren.

Die Diskussion um die Armee muss vom dreiteiligen Verfassungsauftrag ausgehen. *Raumsicherung und Verteidigung* sind untrennbare Elemente der militärischen Fähigkeiten. Klare Aufträge sind umso wichtiger, je ungewisser die Sicherheitslage ist. Diese sollen nicht durch schwammige politische Diskussionen unnötig «verkompliziert» werden. Es ist gefährlich, von einer Verlagerung von der Verteidigung hin zur Raumsicherung zu sprechen, erst recht, wenn dies nur finanziell begründet wird. Aufwuchs ist ausschliesslich bei Vorhandensein einer entsprechenden Reserve möglich. Sonst müsse man ehrlicherweise von «Neuaufbau» reden. Die Armee lässt sich nicht bei jeder Veränderung der Bedrohungslage umbauen, sondern muss so ausgebildet, ausgerüstet und gegliedert werden, dass die Reaktion auf veränderte Risiken innerhalb der bestehenden Organisation erfolgen kann.

Subsidiäre Einsätze der Armee dürften die Schwelle existenzieller Gefahren nicht unterschreiten. Wir gefährden sonst vorsätzlich die Dienstbereitschaft der Angehörigen der Milizarmee und deren Arbeitgeber, wenn wir die Bandbreite existenzieller Gefahren ausdehnen. Für Botschaftsbewachungen müsse eine andere Lösung gefunden werden. Denkbar wäre die personelle Verstärkung kantonaler Polizeikorps mit Mitteln des Bundes, um dessen Aufgaben zu erfüllen.

Neutralität gestalten

Vor dem Hintergrund der genannten internationalen Lageentwicklung wundert es nicht, dass die Schweiz dauernd Anfragen für Militär- und Polizeikräfte für Friedensunterstützungsmissionen erhält. Botschafter Raimund Kunz, Direktor für Sicherheitspolitik im VBS, fragte in seinen Aus-

FDP und Sicherheitspolitik

Seit Anbeginn unseres Staatswesens wussten die Freisinnigen, dass Sicherheit ein entscheidendes Fundament für eine gute wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes darstellt. Die Partei kann auf ein Reservoir von strategischen Denkern, Wirtschaftsleuten und Praktikern aus Polizei- und Offizierskorps zurückgreifen.

Sicherheitspolitische Aufwuchskerne finden sich heute in einzelnen Kantonalparteien, speziell in der zürcherischen, welche über eine Expertenkommission «Äussere Sicherheit» verfügt. Die zehnköpfige Fachgruppe steht unter dem Präsidium von alt Nationalrat Dr. Oscar Fritschi und hat unter anderem die beschriebene Arbeitstagung organisiert. Weitere Positionen und Stellungnahmen finden sich auf *www.fdp-zh.ch* sowie in Kapitel 7 der freisinnig-liberalen Prioritäten 2004–2007 auf *www.fdp.ch* «Positionen».

Einweihung der Sammlung Historischer Panzer am 19. Mai 2005 in Thun



Die Ausstellung zeigt 12 Panzer und Schützenpanzer, aber auch Waffen, Uniformen und vieles Andere, damit die Entwicklung der Pz Trp von 1934 bis heute. All dies befindet sich in der ehemaligen Reitbahn auf dem Wpl Thun, einem prachtvollen 140-jährigen Gebäude. Dank der Initiative des Kdt des Lvb Pz 3 und durch die tatkräftige Unterstützung des Schweiz. Armeemuseums (SAM), der Militärbetriebe und der Pz RS konnte diese Idee verwirklicht werden. Auf Anfrage können auch zivile Gruppen diese Sammlung besichtigen.

Info Lvb Pz 3 Telefon 033 228 33 68. Auf dem Bild durschneidet die Thuner Gemeinde- und Nationalrätin Ursula Haller das Band, assistiert vom Stadtpräsidenten H-U. von Allmen und dem Initiator Brig Fred Heer. Dies unterstreicht die Bedeutung der 140-jährigen Verbundenheit des Wpl mit der Stadt Thun. FRB

Kommentar

Primat des Souveräns

Die gesammelten Eindrücke von dieser Arbeitstagung weisen auf einen offensichtlichen Mangel hin: *Dem Kleinstaat Schweiz fehlt eine umfassende Strategie im Umfeld des Terrorismus und der asymmetrischen Kriegführung.* Es ist schwer verständlich, warum sich das VBS und die Parlamentsmehrheit noch immer einer sicherheitspolitischen Grundsatzdebatte unter Einbezug der Kantone, der Arbeitgeber und der Milizverbände entziehen will.

Die militärfreundliche Mehrheit in den eidgenössischen Räten ist aufgerufen, sich auf die Ausgestaltung der Kernaufgabe der Armee: Verteidigung und Raumsicherung, zu einigen.

Permanente Existenzsicherung, wie die Bewachung ausländischer Vertretungen, ist der Polizei zu übertragen. Die Einsätze zur Friedensförderung sowie die dafür notwendige Ausrüstung werden wie bis anhin wechselnde Mehrheiten finden. Das Auslandengagement soll durch eine aussen- und militärpolitische Strategie besser eingebettet werden.

In kurzer Folge – 1995 und 2004 – erleben wir Schweizer in der Umsetzung umstrittene Armeereformen. Das überdeutliche Resultat der Volksabstimmung vom 18. Mai 2003 kam deshalb zustande, weil es den Behörden und der Wirtschaft gelungen war, den Souverän von den grossen Vorteilen der Armee XXI zu überzeugen. Die Armee sollte kleiner, besser ausgebildet und ausgerüstet sowie wirkungsvoller und wirtschaftsverträglicher werden. Der Kostenrahmen von jährlich 4,3 Milliarden Franken wäre aber für eine glaubwürdige Ausgestaltung der «neuen» Armee zwingend. Unterdessen hat das Parlament das Budget für die Verteidigung auf unter vier Milliarden zusammengestrichen. Damit ist das Vorhaben «Armee XXI» gut 18 Monate nach Beginn finanziell gescheitert. Eines der unumstrittensten Volksentscheide der letzten Jahre wurde innert weniger Monate ausgehöhlt. Mission impossible: Die nächste radikale Reform 2008–2011 gründet weit gehend auf finanzpolitischen Überlegungen.

In der Diskussion über die «Rollenspezialisierung» beim Heer war von der Infanterie als «Breitband-Antibiotikum» die Rede. Folgt als nächstes die Armee in «homöopathischen Dosen»?

führungen, ob wir uns dieser Herausforderung unter Vorschieben der Neutralität verschliessen können. Unser nationales Neutralitätsempfinden setze engere Grenzen als das internationale Neutralitätsrecht. Es gelte in jedem Fall und immer wieder, unsere Interessen abzuwägen und einen Weg zu finden, der den internationalen Realitäten gerecht wird und national konsensfähig ist.

Er beleuchtete das internationale militärische Engagement sowie die internationale Kooperation der Schweiz. Beide sind in den letzten Monaten weiter ausgebaut worden. Die völkerrechtlichen Spielräume in der Neutralität seien besser auszuschöpfen. Dies gelte insbesondere bei der militärischen Friedensunterstützung. Das internationale Neutralitätsrecht hindere die Schweiz lediglich an einem NATO-Beitritt. Damit wäre zum Beispiel ein EU-Beitritt neutralitätsrechtlich ohne Bedenken. Die Neutralität sei nicht Ziel unseres Staatswesens, sondern ein Mittel zur Verwirklichung eigener Staatsziele: Erhalt von Unabhängigkeit und Sicherheit unserer Bevölkerung. Die Frage, was der Schweiz heute Sicherheit und Halt gebe, führe zu ihrem europäischen Umfeld. Die europäische Sicherheit sei durch die NATO und die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bestimmt. Ob Mitglied oder Nicht-Mitglied, kommen Existenz und Aktivitäten dieser beiden Organisationen unserer Sicherheit zugute. Auch die Osterweiterung von NATO und EU trage zur Stabilität unseres weiteren Umfelds bei.

Leistungsaufträge

Die Schmälerung der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen ist der vorherrschende Faktor bei der aktuellen Weiterentwicklung der Armee. Die Finanzen haben einen weit bedeutenderen Einfluss als Veränderungen der Bedrohungslage. Korpskommandant Hansruedi Fehrlin, Kommandant Luftwaffe, stellte fest, dass er politische Vorgaben zu akzeptieren und umzusetzen habe. Es sei aber seine Pflicht, auf deren Konsequenzen hinzuweisen. Am 18. Mai 2003 hat das Stimmvolk mit gut zwei Dritteln Mehrheit Ja zur Armee XXI gesagt. Diese Armee sei anpassungsfähig und flexibel einsetzbar. Fehrlin wünscht sich klare sicherheitspolitische Leistungsaufträge. Die Armee könnte damit noch bessere und tragfähige Lösungen für die weitere Entwicklung der Streitkräfte unterbreiten. Entwicklungstendenzen sind eine Verlagerung von Ressourcen und Ausbildung zu den wahrscheinlichen Einsätzen. Verteidigung und Raumsicherung bleiben Kernkompetenz. Man unterscheidet zwischen der Kompetenz «savoir faire» und der Fähigkeit «pouvoir faire».

Die Brücke zwischen Verteidigungskompetenz und -fähigkeit bildet der Aufwuchs. Es handelt sich dabei – unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen – um die beste der mittelmässigen Lösungen. Verteidigungskompetenzkern der Luftwaffe ist eine Staffel F/A-18, welche noch vollständig und technologisch hoch stehend für den Luftkampf ausgerüstet und ausgebildet wird. Das soll aber nicht heissen, dass die beiden anderen Staffeln für den Luftpolizeidienst nicht auch die Waffenauslösung trainiere. Ein Neuaufbau des Erdkampfes würde etwa zehn Jahre dauern.

Umfassende Strategie

In den Arbeitsgruppen wurde deutlich, dass politische Signale der Landesregierung und der Bundes- und kantonalen Parlamente nicht verstanden werden und dadurch Verunsicherung verursachen. Aus allen drei Gruppen kam der Ruf nach einem sicherheitspolitischen Koordinatennetz. Dr. Peter Grütter, Kommandant der Kantonspolizei Zürich, zeigte die aktuelle Lagebeurteilung der Polizei. Raubtaten und Körperverletzung sowie Jugendkriminalität nehmen zu. Religiöse Gruppierungen neigen kaum zu Extremismus, dafür stellt man steigende Aktivitäten von «Autonomen», Chaoten und Hooligans fest. Individuen, welche am Arbeitsplatz kaum auffallen, werden am Wochenende vermehrt zu Vandalen und Bandenkriegern. Der Strassenverkehr ist durch zunehmende Missachtung von Vorschriften und Regeln geprägt, in den Agglomerationen droht der Verkehrskollaps. Umweltverschmutzung, Stromausfälle und Naturkatastrophen beschäftigen die Polizei so wie auch soziale Unruhen und Sicherheitsprobleme bei Grossanlässen. Grütter verlangt von den zuständigen Behörden nicht nur Sparbeschlüsse, sondern auch klare politische Leistungsaufträge für die Polizei. Bei welchen Vergehen soll nicht mehr ermittelt werden; welche Sicherheit will man reduzieren? In der armeepolitischen Arbeitsgruppe fragte man zusätzlich nach den strategischen Zielen der Schweiz. Soll alles, was man nicht machen will, der Kooperation zugeschoben werden? Welches ist das Leistungsprofil unserer Armee? Die Grundwertdebatte drehte sich um die Wehrgerechtigkeit. Wenn nur noch rund ein Viertel eines Jahrgangs der gesamten Wohnbevölkerung militärisch ausexerziert wird, kommt man nicht um eine Erörterung des Dienstes am Staatswesen, einschliesslich der Wehrpflicht herum. ■



Richard P. Lutz, lic. oec. HSG, Unternehmer, Oberstlt i Gst, Milizoffizier der Luftwaffe, Mitglied Kommission «Äussere Sicherheit», FDP Kanton Zürich, 8173 Riedt b. Neerach.